

II-14191 der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6860 10

1994-06-30

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Pumberger, Mag. Haupt
an die Frau Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
betreffend Schließung von Hausapotheeken

Mit größter Besorgnis über die künftige medikamentöse Versorgung der Bevölkerung haben sich einige Bürgermeister kleiner Landgemeinden an uns gewendet, da sie durch eine Aussendung der oberösterreichischen Ärztekammer auf die mögliche drohende Schließung mancher Hausapotheeken hingewiesen wurden. Dem Rundschreiben ist zu entnehmen, daß das Gesundheitsministerium Überlegungen anstelle, die Medikamentenspannen massiv zu kürzen, wovon v.a. die ärztlichen Hausapotheken betroffen wären. Somit würden mittel- bis hochpreisige Medikamente nicht mehr zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen über die Hausapotheke abgegeben werden und das Medikamentensortiment der Hausapotheken wäre erheblich eingeschränkt. Diese geänderte Situation würde besonders weniger mobile und alte Patienten treffen, die lange Wege zur nächstgelegenen öffentlichen Apotheke nur mit großem Aufwand auf sich nehmen können.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage:

1. Beabsichtigen Sie in Zukunft die Medikamentenspannen erheblich zu kürzen und wenn ja, aus welchen Gründen und in welchem Ausmaß?

2. Liegen Ihren Überlegungen zur Kürzung der Medikamentenspannen konkrete Zahlen zugrunde, die Aufschluß über die Anzahl der betroffenen Hausapotheeken und über das Ausmaß ihres wirtschaftlichen Nachteiles geben und
 - a) wenn ja, wie sehen diese aus und
 - b) wenn nein, warum nicht?

3. Sind weitere Veränderungen an der derzeitigen, gesetzlich geregelten Preisgestaltung der Medikamente geplant und wenn ja, welche und in welcher Form?

4. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um den Bestand der Hausapotheke im Interesse einer flächendeckenden, medikamentösen Versorgung der Bevölkerung in kleinen Landgemeinden zu sichern?